

An die
Kandidat*innen für die Bundestagswahl 2021
Wahlkreise 293 Bodenseekreis und 294 Kreis Ravensburg

Frau
Agnieszka Brugger

Wollgasse 2
88212 Ravensburg

Friedrichshafen, den 14.08.2021

Sehr geehrte Frau Brugger,

Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Die Frage: wie schaffen wir die Transformation zum wirksamen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit treibt uns persönlich in unserem Engagement an. Sie bewerben sich um ein Mandat für den Bundestag. Gerne erfahren wir von Ihnen inwieweit Ihre Politik, **von Bündnis 90/Die Grünen**, unsere Ziele und Bewegung unterstützt.

Wir von der **Regionalgruppe Bodensee-Oberschwaben der Gemeinwohl-Ökonomie** überlassen Ihnen gerne beiliegende Wahlprüfsteine in Form von 10 Fragen. Wir bitten Sie um Zusendung Ihrer schriftlichen Rückmeldung (in Form der beigefügten Exceldatei oder formlos in diesem Dokument) bis **Freitag, den 27. August 2021** an folgende E-Mail-Adresse: bodensee-oberschwaben@ecogood.org

Wir bedanken uns für Ihre Mühe und möchten darüber hinaus gerne mit Ihnen weiter ins Gespräch kommen. Dabei dreht es sich vor allem um das Thema Gemeinwohl-Ökonomie und die besondere Rolle der Politik und Fragen einer künftigen Zusammenarbeit. Schon in den nächsten Wochen kommen wir auf Sie zu und hoffen auf Ihr Interesse. Gerne können Sie uns auch weitere Ansprechpartner*innen nennen.

Mit freundlichen Grüßen,

Kajo Aicher - Thomas Henne
Gemeinwohl-Ökonomie e.V.
Regionalgruppe Bodensee-Oberschwaben



Binäres Microsoft
Excel-Arbeitsblatt



Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen)

Fragestellungen zur Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung:

1. Bundestagswahl 2021 heißt Klimawahl ...

Was bedeutet dieser Slogan für Ihre zukünftigen Aufgaben im Bundestag?

Noch können wir das Ausmaß der Klimakrise eindämmen, aber dafür dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Ich möchte mich auch deshalb weiter mit voller Energie und vollem Einsatz für die Anliegen der Menschen in der Region, für mehr Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Denn die nächsten Jahre sind entscheidend und müssen eine Zeit des entschlossenen Handelns werden. Als Grüne haben wir deshalb ein Klimaschutz-Sofortprogramm für die nächste Bundesregierung vorgestellt, mit dem wir unter anderem die Erneuerbaren Energien schneller ausbauen, den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen und den Klimaschutz sozial gerecht gestalten wollen. Um diese Aufgaben zu meistern, wollen wir direkt eine Task-Force einrichten, die sich in den ersten 100 Tagen der neuen Bundesregierung wöchentlich trifft. Geleitet wird sie vom Klimaschutzministerium, das außerdem ein Veto-Recht gegenüber den anderen Ministerien erhalten soll. Wenn Gesetze vorgelegt werden, die nicht mit den Klimazielen von Paris in Einklang stehen, kann entsprechend widersprochen werden.

2. Welche sozialen Themen sind für Sie die Dringlichsten für Deutschland in den nächsten Jahren?

Wir müssen die sozialen Netze besser sichern. Corona hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem und wie zentral der Sozialstaat ist. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, gerade in Zeiten persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz, unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollen zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders werden. Darüber hinaus wollen wir unsere Einkommen stärken, mit einer Kindergrundsicherung Familien und Kinder absichern und Hartz IV überwinden und durch eine Garantiesicherung ersetzen. Mit einem Energiegeld wollen wir vor allem Geringverdiener*innen und Familien entlasten und so dafür sorgen, dass Klimaschutzmaßnahmen sozial ausgewogen stattfinden.

3. Worin drückt sich für Sie der soziale Zusammenhalt in Deutschland aus und worin sehen Sie diesen gefährdet? Wie wollen Sie hier gegensteuern?

Viele Menschen bei uns in der Region zeigen großartigen Einsatz für ein gutes Miteinander, im Ehrenamt, während der Coronakrise oder im Engagement für Geflüchtete und eine vielfältige Gesellschaft. Eine lebendige Zivilgesellschaft stärkt somit das Rückgrat unserer Demokratie. Mit einem Demokratiefördergesetz machen wir uns dafür stark, dass diese wichtige Arbeit in Zukunft finanziell besser abgesichert wird. Denn Demokratiefeinde, Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen greifen Menschen nicht nur gezielt an, sondern versuchen auch auf breiter Front Andersdenkende einzuschüchtern und Teile der Zivilgesellschaft und Institutionen zu unterwandern. Von ihnen geht aktuell die größte Gefahr für unsere Demokratie und Gesellschaft aus. Mit einem Bündel aus Prävention, Schutz und Sanktionsmaßnahmen wollen wir Rechtsextremismus zurückdrängen und unsere Demokratie schützen.

Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen)

Fragestellungen zur Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung:

Wir wollen, dass die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen für alle Sicherheitsorgane an oberster Stelle steht. Viele Menschen leisten hier ihren Dienst mit einer beeindruckenden Motivation und einer glasklaren Haltung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, aber jeder Fall von Rechtsextremismus in unseren Sicherheitsbehörden ist ein Fall zu viel, ein besonderes Sicherheitsrisiko und muss aufgeklärt und geahndet werden.

4. Kennen Sie die Ansätze der GWÖ und wo sind sie Ihnen begegnet?

Als Grüne wollen wir eine sozial-ökologische Marktwirtschaft gestalten, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt. Ich begrüße das Konzept der Gemeinwohlökonomie, weil es die Idee des Gemeinwohls konkret lebt und umsetzt. So tragen viele Menschen und Unternehmen dazu bei, dass krisenfester und im Sinne der gesamten Gesellschaft gewirtschaftet wird. Neben meiner Arbeit im Bundestag kenne ich die Ansätze der GWÖ vor allem aus den vielen Besuchen bei kleinen und großen Initiativen aus der Region, von den engagierten Gesprächspartner*innen und Unternehmen. Im Bundestag haben wir uns in den letzten Jahren auch dafür eingesetzt, dass Bundesunternehmen an einem Pilotprojekt Gemeinwohl-Bilanz teilnehmen (Den Antrag dazu gibt es hier:

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/111/1911148.pdf>). Darüber hinaus haben wir als grüne Fraktion in diesem Jahr unsere Ideen für ein besseres Lieferkettengesetz in den Bundestag eingebracht, damit Sorgfaltspflichten eingehalten werden und Ausbeutung und Umweltverschmutzung endlich kein Wettbewerbsvorteile mehr sind. In unserem Wahlprogramm setzen wir uns auch dafür ein, dass zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente geschaffen und die Programme der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausgeweitet werden. Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten und am Gemeinwohl orientierten Unternehmen. Damit das gelingt, wollen wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften systematisch verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch von sozial-ökologischen Wirkungskriterien abhängig machen. Nicht genutzte Guthaben auf verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbansprüche vorhanden sind – für einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert. Besonders spannend und unterstützenswert finde ich auch die Idee von Verantwortungseigentum, die wir auch in unserem Bundestagswahlprogramm unterstützen.

5. Welche Aspekte der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie, Soziales) sind Ihnen besonders wichtig? Wie möchten Sie diese Aspekte in den nächsten Jahren fördern und aber auch die Umsetzung einfordern?

Nachhaltigkeit bedeutet für mich konsequenten Klimaschutz und Solidarität, wirtschaftliche Innovation, Wohlstand und globale Gerechtigkeit zum Wohle der Allgemeinheit endlich zusammen zu denken und umzusetzen, statt diese Ziele gegeneinander auszuspielen. Für mich heißt das zum Beispiel eine Mobilitätswende, die nachhaltige Mobilität in den Mittelpunkt stellt und eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum etabliert, aber natürlich auch das große Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft, die nachhaltigen Wohlstand für alle schafft. Nachhaltigkeit zusammen zu

Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen)

Fragestellungen zur Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung:

denken heißt auch, dass Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar sein muss. Mit unserem Energiegeld wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis vollständig an die Menschen zurückgeben und so für sozialen Ausgleich sorgen.

6. Inwieweit haben Sie bisher die UN Agenda 2030 in ihrer politischen Arbeit eingesetzt oder sich darauf bezogen?

Globale Herausforderungen wie Pandemien, Hunger, Migration, Klima- oder Finanzkrise brauchen globale Lösungen. Denn die Zeit drängt. Wir wollen die weltweite sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Die Menschenrechte, die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und das Pariser Klimaabkommen sind hierfür wichtige Fundamente für eine gerechtere globale Entwicklung und Globalisierung und die Leitschnur in all unseren Anträgen und in unserem Wahlprogramm. Dafür setzen wir uns als Grüne ein, im Plenum und in den Ausschüssen des Bundestags, in unseren Anträgen, auf öffentlichen Veranstaltungen und in Gesprächen mit unseren Partner*innen und Regierungsvertreter*innen. Eine besondere Rolle haben diese für mich auch gespielt, als ich gemeinsam mit vielen Bundestagskolleg*innen ein Maßnahmenpaket für globale Solidarität in der Pandemie formuliert habe.

7. Welchen Schwerpunkt setzen Sie für eine nachhaltige Entwicklung auf Bundesebene in den nächsten 4 Jahren?

Als führende Exportnation muss Deutschland einen echten Beitrag zur gerechteren und nachhaltigeren Globalisierung leisten. Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte, der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie des 1,5 Grad Ziels nicht nur von anderen ein. Wir müssen diese selbst systematisch im Blick behalten und hierfür die Ressourcen und Instrumente zur Verfügung stellen. Wir wollen Armut und soziale Ungleichheit verringern, Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Gesundheit fördern, mit einer globalen Agrarwende den Hunger beenden, die Klimakrise bekämpfen, Demokratie und Menschenrechte stärken und faire Handelsabkommen schließen. Es ist im Eigeninteresse der Wirtschaft, mehr Verantwortung für das Gemeinwohl und eine gerechtere Globalisierung zu übernehmen. Wir setzen hierbei auch auf globale Steuergerechtigkeit sowie ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz.

8. Mit welchen Ansätzen beabsichtigen Sie die Nachhaltigkeitsentwicklung zielorientiert zu managen?

Alle Politikbereiche wollen wir auf die sozial-ökologische Transformation ausrichten, einen Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen. Auch ein verbessertes Lieferkettengesetz ist dabei ein wichtiges Instrument. Wir werden die 0,7-% Zusage zur Entwicklungsfinanzierung (ODA) bis 2025 erfüllen sowie weitere 10 Mrd. EUR für die internationale Klimafinanzierung bereitstellen. Für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und der Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen werden wir die internationale Zusammenarbeit finanziell und konzeptionell darauf ausrichten, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe zu erreichen sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten zu verankern.

Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen)

Fragestellungen zur Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung:

Entwicklungspolitik ist für uns globale Strukturpolitik, die Beiträge für globale Gerechtigkeit liefert und konkret zur Umsetzung dieser Ziele beiträgt. Das heißt für uns auch, unsere Beziehungen zum Globalen Süden von kolonialen und patriarchalen Denkmustern zu befreien, unsere Handelspolitik fairer zu gestalten, Staateninsolvenzverfahren zu schaffen, für mehr Gerechtigkeit in internationalen Organisationen wie Weltbank und IWF zu sorgen sowie unsere Finanzierungsverpflichtungen verlässlich einzuhalten. Wir wollen die Vereinten Nationen und multilaterale Zusammenarbeit stärken, um mit der EU und den VN mehr Wirkung für Nachhaltigkeitsentwicklung zu erzielen. Im Land wollen wir diese Fragen auch im Bildungsbereich stärken und breit verankern.

9. Was war die letzte nachhaltige Maßnahme, die Sie persönlich umgesetzt haben? Welche Erfahrung haben Sie damit gemacht?

Ich bin Vegetarierin und achte darauf, möglichst nachhaltig zu konsumieren. Aber perfekt bin ich da nicht. Ich besitze selbst keinen Führerschein und bin sehr viel mit dem öffentlichen Nahverkehr unterwegs. Auch nach Berlin pendle ich, wenn möglich, mit dem Zug. Wenn ich dann doch mal fliegen muss, kompensiere ich das dadurch verursachte CO₂.

10. Was möchten Sie der Gemeinwohl-Ökonomie Bewegung, vor dem Verfassungshintergrund

- alles wirtschaften soll dem Gemeinwohl dienen - mit auf den Weg geben?

Die Idee einer Wirtschaft, die auch dem Gemeinwohl dienen soll, ist gesetzlich tief verankert. In der Praxis der Unternehmensführung gilt jedoch größtenteils nach wie vor: Shareholder Value vor Public Value. Auf Dauer kann es aber keine wirtschaftliche Entwicklung unter Missachtung der planetaren Grenzen geben. Ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen sind stark miteinander verwoben, und eine kluge, weil ganzheitliche Unternehmensführung berücksichtigt diesen Aspekt der Nachhaltigkeit. Unternehmen müssen ökonomische Entscheidungen treffen, müssen aber auch Folgen im Hinblick auf langfristige Kosten und Risiken einkalkulieren. Ich bin mir sicher, die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie geht hier einen guten Schritt weiter. Die vielen in der Gemeinwohlökonomie engagierten Menschen, Unternehmen und Genossenschaften sind Vorbilder und Pionier*innen dafür, dass Werte wie Menschenrechte, Solidarität, Gerechtigkeit, Klimaschutz, Transparenz und demokratische Mitbestimmung Hand in Hand mit klugen unternehmerischen Entscheidungen gehen können. Das ist etwas, was ich als Bundestagsabgeordnete auch im Bundestag weiter unterstützen möchte. Unternehmen, die am Gemeinwohl orientiert sind, sollten deshalb besonders unterstützt werden.

Vielen Dank und herzliche Grüße

Agnieszka Brugger,

Mitglied des Deutschen Bundestages Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Politische Koordinatorin für Internationale Politik und Menschenrechte Bündnis90/Die Grünen